

Entscheidungsvorlage für Erich Mielke zum Vorgang "Schwarzer Panther"

Im November 1970 lieferten sich an der US-Luftwaffenbasis in Ramstein drei Mitglieder der "Black Panther Party" einen Schusswechsel mit einem deutschen Wachmann der Basis. Einer der Angreifer konnte fliehen – und setzte sich mit Hilfe der Stasi nach Algerien ab.

An der US-amerikanischen Militärflugbasis in Ramstein ereignete sich am 19. November 1970 ein bewaffneter Zwischenfall: Drei Mitglieder der Black Panther Party, einer revolutionär-sozialistischen Bewegung für die Rechte von Schwarzen in den USA, lieferten sich mit einem deutschen Wachposten im Einfahrtsbereich einen Schusswechsel. Der Wachmann wurde verletzt, die Black Panther-Mitglieder flohen. Ein Suchtrupp fasste zwei von ihnen. Einem dritten Mitglied der Gruppe, dem ehemaligen amerikanischen Soldaten David Jenkins, gelang die Flucht. Mit Hilfe von zwei westdeutschen Unterstützern der Black Panther-Bewegung sollte Jenkins mit dem Auto in die DDR gebracht und von dort über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld nach Algerien fliegen.

Zwei Tage später entdeckten Stasi-Mitarbeiter am Grenzübergang Helmstedt/Marienborn bei der Passkontrolle Jenkins im Kofferraum eines Frankfurter PKWs. Zu Befragungen brachte die Stasi alle drei in das konspirative Objekt "Loburg". Die Stasi-Bezirksverwaltung in Magdeburg registrierte die beteiligten Personen in ihrem Karteikartensystem und meldete das "Vorkommnis" wenige Stunden später mit dem Zusatz "dringend" an die Zentrale nach Berlin. Ab diesem Zeitpunkt behandelte die Stasi den Fall auf Leitungsebene. Stimmt die geschilderten Hintergründe des Vorfalls? Unter welchen Voraussetzungen wäre ein Ausflug nach Algerien möglich? Und welche Konsequenzen seien zu befürchten, sollte die Fluchthilfe öffentlich werden? Bis ins kleinste Detail gaben Mitarbeiter Vorlagen und Sachstände zum Fall "Schwarzer Panther" an ihre jeweiligen Leiter weiter.

Über drei Wochen wartete der US-Amerikaner auf die Entscheidung über seine Zukunft. Verzögert hatte sich der Prozess auch, da dieser bei seiner Flucht Verletzungen davongetragen hatte. Erst in der zweiten Dezemberwoche unterschrieb Minister Erich Mielke persönlich die letztendliche Entscheidungsvorlage, in der Oberst Fiedler empfahl, "dem Jenkins die Ausreise nach Algerien zu gestatten."

Der Flug von Schönefeld nach Algier erfolgte laut Unterlagen "ohne Zwischenfälle" am 13. Dezember 1970. Die DDR-Geheimpolizei hatte damit einem in Westdeutschland straffällig gewordenen Mitglied der Black Panther Party geholfen, sich dem Zugriff der Gerichte in der Bundesrepublik zu entziehen und unbemerkt Europa zu verlassen. Die beiden gefassten Mittäter verurteilte ein Gericht in Zweibrücken im Juli 1971 zu Geld- bzw. Gefängnisstrafen. In der Öffentlichkeit blieb die Identität der dritten Person bis zur Öffnung der Stasi-Unterlagen unbekannt.

Signatur: BArch, MfS, HA VI, Nr. 17059, Bl. 55-59

Metadaten

Datum: 7.12.1970

Entscheidungsvorlage für Erich Mielke zum Vorgang "Schwarzer Panther"

56

Berlin, 7. Dezember 1970

BSU
000055

*einverstanden
Mielke*

US-Bürger J e n k i n s , David

Am 21.11.1970 gegen 7.30 Uhr erschienen zur Einreise mit Pkw Typ "Peugeot", polizeiliches Kennzeichen: F - CT 296, an der Grenzübergangsstelle Marienborn/A. die westdeutschen Bürger

S c h a u e r , Helmut
geb. am: 23.11.1937 in Stuttgart
wohnhaft: [REDACTED]
tätig: Redakteur im Verlag "Neue Kritik"
in Frankfurt/M., Mylinstr. 58
Reisepaß-Nr.: [REDACTED]

und

[REDACTED]
geb. am: [REDACTED]
wohnhaft: [REDACTED]
tätig: [REDACTED]
Reisepaß-Nr.: [REDACTED]

Im Kofferraum des Pkw versteckt befand sich der farbige Bürger der USA,

J e n k i n s , David
geb. am: 22.10.1940 in New Jersey
wohnhaft: [REDACTED]
ohne Beschäftigung
Reisepaß-Nr. [REDACTED]
der USA: [REDACTED]

Die Personen baten um eine Einreise in das Gebiet der DDR sowie um einen Flug des JENKINS nach Algerien vom Flughafen Berlin-Schönefeld aus, da JENKINS, der Mitglied der Black-Panther-Party ist, auf Grund eines bewaffneten Angriffs auf einen Posten der US-Air-Police am Flughafen Ramstein/Pfalz am 19.11.1970 in Westdeutschland polizeilich gesucht wird.

Signatur: BArch, MfS, HA VI, Nr. 17059, Bl. 55-59

Blatt 55

Entscheidungsvorlage für Erich Mielke zum Vorgang "Schwarzer Panther"

57

StU
000056

- 2 -

Nach den Angaben des JENKINS sei er mit zwei weiteren Mitgliedern der Black-Panther-Party,

J a c k s o n , Larry

und einem William (Zuname nicht bekannt), im Pkw am o. g. Flugplatz, auf dem Verbindungen zu farbigen Soldaten der US-Army hergestellt und Flugblätter verteilt werden sollten, von einem Wachposten gestoppt worden. Im Verlauf der weiteren Handlungen habe der Posten seine Dienstwaffe gezogen, woraufhin JACKSON auf den Posten schoß. Anschließend ergriffen die drei Personen die Flucht.

Die eingeleiteten Suchmaßnahmen durch die amerikanische Militärpolizei führten angeblich zur Festnahme der beiden Begleiter des JENKINS. JENKINS konnte sich, nach seinen Angaben, versteckt halten und wurde in der Folgezeit durch Freunde an den SCHAUER verwiesen, der zusammen mit der [REDACTED], die beide mit der Black-Panther-Party sympatisieren, die Flucht des JENKINS in die DDR organisierte und durchführte.

JENKINS und seine Begleiter wurden daraufhin in das Objekt des MfS Loburg gebracht, wo sich JENKINS bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch aufhält. SCHAUER und [REDACTED] fuhren am 22.11.1970 nach Westdeutschland zurück.

JENKINS hat die Absicht, nach Algerien zu fliegen, wo er sich der Öffentlichkeit stellen und die Schuld für den bewaffneten Angriff am 19.11.1970 auf sich nehmen will, um seine beiden Freunde in Westdeutschland zu entlasten.

Die bisherigen Überprüfungen und der Inhalt der getrennt geführten Befragungen der 3 Personen ergaben, daß die Aussagen sowohl des JENKINS als auch des SCHAUER und der [REDACTED] im wesentlichen übereinstimmen.

Durch den Leiter des Büros der Leitung II wurde bekannt, daß der SCHAUER in der Vergangenheit an mehreren Aktionen des SDS teilnahm und eine linksradikale Haltung einnimmt. Über die [REDACTED] liegen keine Hinweise vor.

Entscheidungsvorlage für Erich Mielke zum Vorgang "Schwarzer Panther"

58

- 3 -

BSTU
000057

Wie aus dem nachstehenden Artikel der "Frankfurter Rundschau" vom 26.11.1970 ersichtlich ist, wurde am 9.11.1970 durch bewaffnete Angehörige der Black-Panther-Party ein deutscher Wachmann auf dem US-Militärflughafen Ramstein durch mehrere Schüsse verletzt.

„Belange der BRD beeinträchtigt“
Bundesregierung begründet Einreiseverbot für Black-Panther-Führerin

Von unseren Korrespondenten

ul/mo/mig FRANKFURT A. M./BONN/HEIDELBERG. 25. November. Die Bundesregierung sieht durch die Anwesenheit der Black-Panther-Führerin Kathleen Cleaver „erhebliche Belange der Bundesrepublik vor allem auf außenpolitischem Gebiet, beeinträchtigt“. Mit dieser vom Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium gemeinsam veröffentlichten Erklärung wurde das Einreiseverbot für die Frau des in Algerien im Exil lebenden „Informationsministers“ der Black Panther am Dienstagabend motiviert.

Wie in Bonn zu erfahren ist, dürften für das Bundesinnenministerium wie auch für das Auswärtige Amt innenpolitische Erwägungen und außenpolitische Rücksichten den Ausschlag gegeben haben. Schon bei der Vorbereitung der geplanten Veranstaltungen sei es zu „schweren Straftaten gekommen“, hieß es in der Erklärung. Bewaffnete Angehörige der „Black Panther Party“ hätten am 9. November 1970 auf dem US-Militärflughafen Ramstein (Pfalz) einen deutschen Wachmann durch mehrere Schüsse verletzt. Gegen zwei der festgenommenen Täter habe das Amtsgericht Zweibrücken Haftbefehl wegen Verdachts der Beteiligung an einem „Mordkomplott“ erlassen. Es müsse befürchtet werden, daß das öffentliche Auftreten einer prominenten Funktionärin der „Black Panther Party“ in der Bundesrepublik Deutschland weitere Gewalttaten auslösen könnte.

Nachdem die Schüsse des rechtsradikalen Krankenpflegers Weil auf die sowjetischen Wachsoldaten am Ehrenmal in West-Berlin die ohnehin schwierigen Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin und das Verhältnis Bonn-Moskau unnötig belastet hätten, solle nicht noch eine zusätzliche diplomatische Störung im Verhältnis zu den USA heraufgefordert werden, verurteilte in Bonn. Über die rechtlichen und tatsächlichen Gründe für die Abschiebung Kathleen Cleavers will die Heidelberger Universität beim Bundesinnenministerium nachfragen. Das gab der Prorektor der Universität, Adelbert Podlech, am Mittwoch bekannt. Das Heidelberger Studentenparlament hatte zunächst Eldridge, dann Kathleen Cleaver eingeladen.

Eine „rechtsopportunistische Haltung“ warf in einem Flugblatt der Allgemeine Studentenausschuß der Frankfurter Universität der Bonner Regierung vor.

Kathleen Cleaver wurde zunächst in Paris an der Weiterreise nach Frankfurt gehindert. Sie durfte am Nachmittag nicht mit einer Begleiterin und einem Kind über den Rhein-Main-Flughafen einreisen, um an einem „Teach-in“ und an Demonstrationen des deutschen Black-Panther-Solidaritätskomitees in Frankfurt teilzunehmen.

Kathleen Cleaver traf dennoch am Dienstagabend mit einer Lufthansa-Maschine auf Rhein-Main ein, sie wurde sofort in Gewahrsam genommen und eine halbe Stunde später wieder nach Paris abgeschoben.

(anscheinend handelt es sich bei dem Datum im vorliegenden Artikel um eine Ungenauigkeit, es müßte richtigerweise 19. Nov. 1970 heißen)

Entscheidungsvorlage für Erich Mielke zum Vorgang "Schwarzer Panther"

59

- 4 -

PS: 000038

Wie JENKINS während der Befragungen weiter angab, habe eine Zeitschrift aus Kaiserslautern am 20.11.1970 sowie die amerikanische Soldatenzeitung "Stars and Stripes" über den Vorfall berichtet. Der amerikanische Soldatensender AFN habe am 25.11.1970 ebenfalls über den Vorfall gesendet. Hierüber liegen im MfS selbst keine Bestätigungen vor.

Bei den durchgeführten Überprüfungen zum Sachverhalt durch die HA VI konnten auf Grund der Aussagen und vorhandenen Angaben nicht erarbeitet werden, daß es sich bei der genannten Aktion um eine gezielte Provokation gegen die DDR handelt.

Der Sachverhalt im gegenwärtigen Stadium läßt folgende Versionen zu:

1. Es ist damit zu rechnen, daß die beiden an dem bewaffneten Angriff auf den Wachmann in Ramstein beteiligten und festgenommenen Personen in den Vernehmungen Aussagen machen, die den JENKINS als Alleinschuldigen belasten. Die westdeutschen Strafverfolgungsorgane haben sich aber bisher noch nicht nachdrücklich um die Intensivfahndung nach JENKINS und auch nicht um seine Auslieferung bemüht. (Der Bereich III konnte keinerlei Feststellungen treffen)
Obwohl JENKINS nunmehr seit 17 Tagen im Objekt Loburg untergebracht ist, sind von westdeutschen oder US-Stellen noch keine Auskunfts- oder Auslieferungsersuchen an die DDR gestellt worden, so daß mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß westdeutsche bzw. amerikanische Behörden über den Verbleib des JENKINS nichts wissen. Es ist daraus zu folgern, daß die westdeutschen Bürger SCHAUER und [REDACTED] über den Aufenthalt des JENKINS in der DDR keine Aussagen machten.
2. Der Black-Panther-Party wurden bzw. werden Hinweise über die Unterstützung des JENKINS seitens der DDR-Behörden bekannt. Durch diese Hilfeleistung wurde in gewissem Sinne ein Präzedenzfall geschaffen, der, wenn er auch nicht offiziell ermuntert und nicht publizistisch gegen uns ausgewertet werden braucht, uns doch zukünftig bei ähnlichen Anlässen in gewisse Zwangslagen bringen könnte.

Trotz Beachtung der vorstehend genannten Punkte wird unsererseits vorgeschlagen, dem JENKINS die Ausreise nach Algerien zu gestatten.

Signatur: BArch, MfS, HA VI, Nr. 17059, Bl. 55-59

Blatt 58

Entscheidungsvorlage für Erich Mielke zum Vorgang "Schwarzer Panther"

- 5 -

60

000059

Da JENKINS auf Grund des längeren Aufenthaltes in der DDR bereits beunruhigt ist und er sich von seiner Ausreise nach Algerien nicht abbringen läßt, wäre schnellstens zu entscheiden, ob seiner Bitte entsprochen werden kann.


Der DDR würden dadurch keinerlei finanzielle Kosten entstehen, da JENKINS im Besitz von 500,- DM/DBB ist, wovon er selbst die Kosten des Flugtickets Berlin - Algerien bestreiten kann.

Dabei soll verfahren werden, daß im Reisepaß des JENKINS keinerlei Eintragungen vorzunehmen sind, sondern die Abfertigung auf Visaanlage erfolgt, so, als wäre er von Westberlin aus über Flughafen Schönefeld nach Algerien geflogen.

Bei offiziellen Nachforschungen durch westdeutsche bzw. amerikanische Behörden könnten damit keine Beweise einer Hilfeleistung seitens der DDR erarbeitet werden.

Andererseits wäre JENKINS in progressiven Kreisen in der Lage, durch den Besitz des Flugtickets, das er aber auch durchaus im Normalfalle am Zentralflughafen in Schönefeld erwerben konnte, zu beweisen, daß ihm von uns Unterstützung zuteil wurde.

Um Entscheidung wird gebeten.


Fiedler
Oberst